

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 55 (1961)
Heft: 10

Artikel: Nehru in Belgrad
Autor: Nehru
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140603>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

lichen Wahrheiten des Sozialismus, die in den umfassenderen Beziehungen unserer gesamten sozialen und ökonomischen Lage liegen, oder sie (und wahrscheinlich wir alle) wird an der eigenen politischen Inkonsequenz eingehen. Es wird ihr jedenfalls nicht genügen, einfach noch mehr ursprüngliches sozialistisches Ideengut als Ballast abzuwerfen und sich darüber zu freuen, daß so viele Menschen von der sozialistischen Utopie ernüchtern und endlich klar sehen, die Tatsachen über die Ideen siegen, die Sache über die Illusion, die Erfahrung über die Theorie, der Alltag über die Verheißung. Was immer die Sozialdemokratie an sozialistischem Ballast noch abwerfen wird, sie wird der Verantwortung der Zeit nicht entrinnen können. *Max Keller*

Nehru in Belgrad

Aus dem dringenden Appell Nehrus an die Vertreter der nicht-verpflichteten Mächte unterbreiten wir unseren Lesern einige der leitenden Gedanken des indischen Staatsmannes (India News, 16. September 1961).

«Wir bezeichnen uns als Konferenz der Völker, die keinem militärischen Block verpflichtet sind. Wir wollen uns nicht zu Kriegszwecken in militärische Blöcke und Bündnisse einreihen lassen. Wir halten uns davon fern und wollen im Gegenteil unsere Kräfte für den Frieden einsetzen.

Unser Treffen wäre auf jeden Fall von Bedeutung. Es ist um so wichtiger heute, da wir in einer der schwersten Krisen der Menschheit zusammen gekommen sind. Alles, wofür wir bisher gekämpft haben — die Überwindung von Imperialismus, Kolonialismus und rassischer Benachteiligung und so weiter — all dies wird heute überschattet durch diese Krise. Wenn ein Krieg kommt, so versinken alle diese Fragen.

Es ist darum unser erstes und wichtigstes Anliegen, zu tun, was wir können, in Tat oder Wort, dazu beizutragen, die Kriegsgefahr und die Furcht vor dem Kriege zum Schwinden zu bringen. Wenn uns dies gelingt, dann ist dies die beste Rechtfertigung unserer Konferenz und wir gehen gestärkt für unsere anderen Aufgaben aus ihr hervor. Denn es ist der Krieg und die Furcht vor dem Krieg, die den Kalten Krieg geboren haben, und dieser hinwieder hält den Imperialismus und das koloniale Regime, wo sie noch bestehen, am Leben, weil er ihnen nützt.

Der Schlüssel zur heutigen Situation liegt nicht in unseren Händen. Er liegt im wesentlichen in den Händen der USA und der Sowjetunion. Dennoch ist diese Konferenz nicht hilflos. Unsere Kraft liegt in der Solidarität mit allen friedenshungrigen Völkern. Machen wir die Friedensfrage zu unserem Hauptanliegen und zeigen wir der Welt, daß wir für den Frieden einstehen und daß wir bereit sind, dafür zu

kämpfen. Nicht mit Kanonen, sondern auf Wegen und mit Mitteln, die uns zur Verfügung stehen.

Ist es nicht eigentümlich, daß vor wenigen Jahren noch eine neutrale Haltung, die Weigerung, einem militärischen Bündnis sich anzuschließen, als utopisch verlacht wurde. (Von Dulles wurde sie sogar als unmoralisch bezeichnet. D. U.) Wir haben seither ein wachsendes Verständnis für eine solche Haltung feststellen können. Sie stimmt überein mit dem und bringt zum Ausdruck, was heute Unzählige denken und fühlen, daß nämlich das Wettrüsten hüben und drüben keine Wahl offen läßt.

Zu wählen ist nur noch zwischen Verhandlungsbereitschaft und Krieg. Ich bin entsetzt, wenn ich sehe, wie hochmütig und unnachgiebig die Haltung der Großmächte ist. Ich möchte ihnen in aller Bescheidenheit zu bedenken geben, daß es hier nicht um ihr Prestige geht, sondern um die Zukunft der menschlichen Rasse.

Die bestehenden Probleme können auf die Dauer nur durch allgemeine und vollständige Abrüstung gelöst werden. Diese ist nicht mit einem Schlag durchführbar. Die dringlichste Aufgabe ist darum heute die Verminderung der Spannungen, die den Ausbruch des Krieges provozieren könnten. Wenn die unmittelbarste Gefahr abgewendet ist, können weitere Schritte folgen.

Wir können die Verhandlungsbereitschaft fördern: was jedoch in bezug auf Berlin und Deutschland und die schlimmsten Gefahrenzonen geschehen sollte, ist nicht an uns zu entscheiden. Immerhin scheint uns, die Welt werde zur Kenntnis nehmen müssen, daß es zwei deutsche Staaten gibt, mit zwei Regierungen. Auch die Teilung Berlins ist eine solche Tatsache. Daß der Zugang zu Westberlin für die Bundesrepublik und die Westmächte bisher offen blieb und weiterhin garantiert ist, sollte das Problem als unmittelbare Kriegsursache ausschalten. Weitere Fragen können mit der Zeit entschieden werden. Die Vereinten Nationen wurden gegründet, um die Völker vor künftigen Kriegen zu bewahren, und in der heutigen Situation möchte ich vor dem Schicksal des Völkerbundes warnen, der 1938, als der Hitler-Krieg vor der Tür stand, sich mit zweit- und dritrangigen Problemen beschäftigte.

Heute gehört darum die Frage von Krieg oder Frieden vor das Forum der UN-Generalversammlung — unter Zurückstellung aller anderen Probleme. Wir können von diesem Kongreß aus keinen Aktionsplan vorschlagen — wir wissen nur, daß die Kriegsgefahr nicht mehr aus den Augen gelassen werden darf — besonders jetzt, da sie durch die Wiederaufnahme der russischen Bombentests, die wir bedauern, weiter erhöht wurde.

Es heißt also verhandeln; wer als erster die Initiative dazu ergreift, macht sich um die Menschheit verdient. Wie groß immer unsere Sympathie für die tragische Lage in den unterdrückten Ländern, Algerien, Angola, Südafrika, Tunis, und in noch vielen andern Gebieten sein

mag — es sind Verbrechen geschehen, die man sich in einer modernen Welt nicht vorstellen kann — dennoch kommt die Kriegsverhütung zuerst.

Und noch etwas: Wenn wir dem Frieden dienen, wenn wir die beiden großen Mächte für unsere Ziele gewinnen wollen, so hat es keinen Sinn, daß wir sie zunächst einmal verurteilen und verdammen.

Wir leben in einer Welt neuer physischer Kräfte und Erfahrungen, die dazu beitragen werden, die Ära des Imperialismus zu begraben — falls wir das Unsere tun, in modernen Begriffen zu denken, als freie Menschen. Es ist unsere positive, konstruktive Arbeit in unseren eigenen Ländern, die dazu hilft, die noch unfreien Völker freizusetzen. Und unser Bemühen um den Frieden, um Zusammenarbeit ist im Einklang mit ungezählten Millionen von Menschen — und gewinnt aus dieser Verbindung mit dem Denken der überwiegenden Mehrzahl der Menschen seine Kraft.»

Amerikanische Gewissensforschung*

Nach den spektakulären Rückschlägen, die die amerikanische Außenpolitik in den letzten Monaten erlitt, ist in den politischen Gremien der USA offensichtlich jene Gewissensforschung in Gang gekommen, die schon so lange fällig war.

Kuba hat zur öffentlichen Diskussion gestellt, was seit längerer Zeit in der privaten Sphäre einer Machtelite Amerikas verhandelt wurde. Die heutige Auseinandersetzung gibt ein Bild vom Kampf fortschrittlicher Kreise um eine neue Außenpolitik, von einem Kampf, der sich unter dem Druck internationaler Ereignisse noch verschärfen dürfte.

Ein Symptom des amerikanischen Malaise, das viele Beobachter feststellen, ist der Vertrauensschwund. Man hat kein Vertrauen mehr zu einer Regierung, die sich auf den Standpunkt stellt, daß nur bekannt werden dürfe, was sie als «im nationalen Interesse liegend» betrachtet. Das kommt zum Ausdruck zum Beispiel in einem Artikel der angesehenen «New York Times» (11. Mai 1961), betitelt: «*Das Recht, nicht angelogen zu werden*». Er enthält die bemerkenswerte Mahnung an die Regierung: «Eine Diktatur kann ohne wohl informierte öffentliche Meinung auskommen. Eine Demokratie kann es nicht. Es ist nicht bloß unethisch, das eigene Volk zu betrügen, so wie man es als selbstverständlich ansieht, eine gegnerische Regierung zu hintergehen, es ist auch *dumm*.» «Das amerikanische Volk ist weder moralisch noch

* Siehe auch die Broschüren: «The Crime against Cuba», von Corliss Lamont in der Serie Basic Pamphlets und «Cuba versus the C. I. A.», von Robert E. Light und Carl Marzani, Marzani und Munsell, Neuyork.